

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis im Oktober: 2. Woche M. 25 000 0/0. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr . . . zuzügl. Postbestellgeb. Einzelnummern 4 000 000 M. u. Girokonto M. 50 bei d. Oberamtspostkasse Neuenbürg. Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Haberle u. Co. Wildbad. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Beizeile oder deren Raum i. Bez. Grundr. M. 30 außerh. 35 einschl. Inf.-Steuer. Reklamazeile 70 M. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offert. u. b. Ankaufsterteilung werden jew. 2 000 000 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vorm. In Konkurrenzfällen oder wenn gerichtliche Beiziehung notwendig wird, fällt jede Nachschlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Nummer 237

Seitens 170

Wildbad, Donnerstag, den 11. Oktober 1923

Seitens 170

58. Jahrgang

Worauf wartet Poincaré?

Flausen und Lügen

Das Deutsche Reich hat nach einer schweren Krise wieder eine Regierung. Aber leider herrscht über allen Gipfeln der Diplomatie in der Ruhr- und Entschädigungsfrage immer noch schwüles Schweigen. In der auswärtigen Politik Dr. Stresemanns zeigt sich auch nicht ein Wärtchen des heimlichen Erfolgs. Man hatte gehofft, daß der französische Ministerpräsident in seiner üblichen Sonntagsrede ein Wort des Einlenkens sprechen werde. Aber Herr Poincaré ließ sich genau das Gegenteil. Seine Verleumdungen über das „Morden“ der Düsseldorf-Polizei gegen die unschuldigen „waffenlosen“ Sonderbündler schlugen an Feindseligkeit und Ablehnung alle seine früheren Leistungen.

Auffallen mußte es auch, daß Poincaré in seinen letzten Sonntagsreden mit keiner Silbe auf den Besuch von Hugo Stinnes und der anderen deutschen Großindustriellen bei General Degoutte zu sprechen kam, obwohl, wie man über Paris erfährt, einen Augenblick sogar die Rede davon war, daß Poincaré persönlich die Vertreter der deutschen Ruhrindustrie empfangen wolle. Hat man sich in Paris in letzter Minute eines Schlechteren besonnen? Poincaré begnügt sich damit, seine Preßtribunen schreiben zu lassen, die Stinnesverhandlung mit Degoutte sei ein moralischer Triumph der französischen Regierungspolitik, und er überläßt es abschließend — ein Spiel mit verteilten Rollen — den Zeitungen der französischen Schwerindustrie, Bedenken gegen die Konferenz bei dem wirtschaftsunkundigen General zu äußern und vor „übereiften Jugendsoldaten“ zu warnen.

Was will Poincaré? Die Antwort auf diese Frage geht vielleicht am deutlichsten aus den Nachrichten hervor, die die englische Zeitung „Daily Mail“ nicht etwa aus London, sondern aus dem Pariser Außenamt erhalten hat. Darin wird auf das französische Gelbbuch zurückgegriffen, von dem ja auch Poincaré in seiner Sonntagserbauung (gegen Curzon zielend) gesagt hat, er nehme von jenen Richtlinien keinen Buchstaben zurück. Wenn die Abmachungen der deutschen Ruhrindustriellen mit den Besatzungsbehörden, so meint die „Daily Mail“, in Kraft getreten seien, dann müsse erst die deutsche Regierung durch Vermittlung der Entschädigungskommission den vorgeschlagenen neuen Vorschläge machen. Diese deutschen Vorschläge müßten zunächst Maßnahmen zur Herstellung der wirtschaftlichen Ordnung und zur Festigung der deutschen Währung enthalten. Und erst von dem Erfolg dieser Vorschläge hänge es ab, ob und wie die Ruhrbesetzung gemildert werden könnte.

Aus diesen Flausen und Lügen — etwas anderes sind diese Nachrichten nicht, geht deutlich hervor, daß Poincaré nicht daran denkt, in ehrliche Verhandlungen mit der neuen Regierung Stresemann einzutreten. Wörtlich sagt ja auch das London-Pariser Franzosenblatt, man könne annehmen, daß in einigen Wochen die Rückkehr zum normalen wirtschaftlichen Leben im Ruhrgebiet Fortschritte machen werde. In einigen Wochen! Bis dahin will Frankreich warten! Und worauf wartet es in Wirklichkeit? Nun, dem „Pariser Journal“ wird aus Mainz gemeldet, daß in nächster Zukunft der Versuch einer Ausrufung der Rheinischen Republik bevorstehe. Der Tag stehe noch nicht fest. Aber die Sonderbündler, denen der Düsseldorf-Rußschiffbrüche, wollen zu einer bestimmten Stunde gleichzeitig in allen Großstädten des Rheinlands und des Ruhrgebietes unter dem Schutz des französischen Jubalters ihr deutsches Vaterland schänden und die Republik des rheinischen Hochverrats ertönen. Darauf wartet Poincaré, und von dieser Absicht ist sein ganzes Handeln oder vielmehr Nicht-handeln in diesen Tagen der Spannung bestimmt.

Diese Politik des weiteren Zuwartens ist eine unerhörte Herausforderung gegen England. Die britische Reichskonferenz will ein Ruhr- und Entschädigungsprogramm aufstellen mit dem Hinweis, daß jeder Zeitverlust das Unheil befehle. Die ganze englische Presse nennt jetzt offen das Hauptziel Frankreichs: die Zerstückelung Deutschlands. Der halbamtliche „Daily Telegraph“ stellt fest, daß die Aussicht überhaupt noch Entschädigungen von Deutschland zu erhalten, von Tag zu Tag schwindet. Glaubt Poincaré auch dem englischen Widerstand Trost bieten zu können? Die Entscheidung des Ringens fällt in dieser Woche. — ar.

In schwerster Not.

Jedes Wort steht, um den Grad der Verarmung und des finanziellen Ruins in Deutschland, die in diesen Tagen sich mit Riesenschritten vollziehen, zu kennzeichnen. Die völlige Entwertung unseres Papiergeldes ist die Blüten des Stücks, wie sie in tausend Jahren deutscher Geschichte und in der Welt kaum je gesehen

Tagesspiegel

Der Reichstag behandelte am Mittwoch kleinere Gesetze vorlagen und wird am Donnerstag das Ermächtigungsgesetz verabschieden.

Auf den Forderungen des Ruhrgebietes ist die Bekanntmachung einer verlängerten Arbeitszeit wieder zurückgezogen worden.

Poincaré lehnt Verhandlungen über die Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet mit der deutschen Reichsregierung ab. Auch Brüssel hat eine ausweichende Antwort erteilt.

Eine amtliche englische Note stellt fest, daß zwischen Baldwin und Lord Curzon keine Meinungsverschiedenheiten über die Außenpolitik bestehen.

Der amerikanische Präsident Coolidge lehnt jede Einmischung in die Reparationsfrage unzweideutig ab.

worden. Von Tag zu Tag forscheln wir weiter in den Abgrund. Mit dem Besitz von „Scheinkilliarde“ und „Scheinkillionen“ vermag das deutsche Volk in seiner Gesamtheit nicht mehr seine Existenz, sein nacktes Leben zu erhalten. Ein Dollarfund von rund 3 Milliarden bedeutet, daß 1 Goldmark 700 Millionen, 1 früherer Pfennig gleich 7 Millionen Papiermark ist. Die unheilvolle Goldmarkrechnung, die die Regierung im August zuließ, hat dem Fuß den Boden vollends ausgeflogen. Jeder Tag bringt neue Ueberforderungen und führt zu der Kurve, die den Absturz in namenloses Elend bringt. Wie lange die Wirtschaft, Handel und Verkehr noch weitermachen können, angesichts dieser Entwidlung ist jetzt nicht mehr eine Frage von Monaten, sondern von Wochen und Tagen. Und die zermalmenden Räder der Teuerung und Geldentwertung drücken jetzt schon Tausende zu Boden. Nirgends Rettung, nirgends sicheres Land! Die Macht der Regierung kann nicht Hilfe bringen. Auch nicht das Ermächtigungsgesetz, das der Reichstag am Donnerstag verabschieden wird. Worte und Gesetze, sie mögen noch so gut und schön sein, helfen nicht mehr, auch wenn sie der Regierung die Vollmacht zu einem „Diktat der Verständigung“, wie dieses Ermächtigungsgesetz im Reichstag genannt wurde, geben. Wir unterstehen dem Diktat Frankreichs. Und das heißt Vernichtung. Frankreich will trotz der Aufgabe des passiven Widerstands mit Deutschland nicht verhandeln. Das ist die äußere Ursache des Marzerfalls dieser Tage. Und dazu kommen noch die inneren Ursachen: der politische Parteienstreit, die Regierungskrise, die innerpolitische Entwidlung und schließlich noch die politisch-wirtschaftlichen Vorgänge an der Ruhr.

All diese Fragen standen im Reichstag zur Erörterung und alle die vielen Reden waren gerichtet auf den Ton, daß in höchster Not des Vaterlandes eine rettende Tat notwendig sei. Zugleich aber waren sie durchdrungen von unheilvollem Parteienwitz und Egoismus, von einer Krisenstimmung, die schon die vergangene Woche beherrschte, als Stresemann durch die Schwierigkeiten in der Koalition zum Rücktritt gezwungen wurde. Der demokratischen Reichstagsfraktion gelang es, nochmals die Krise zu überlebens. Aber die Gegensätze der Parteien, der politischen Ansichten und Weltanschauungsfragen bestehen fort. „Das Vaterland über die Partei! Alles für das Reich!“ so klingt es aus dem Chorus der Redeschlachten im Ballotraum und zu gleicher Zeit vollziehen sich die nächsten Tatsachen, die die Geschichte eines Volkes bestimmen. Auch das „Ermächtigungsgesetz“ ist mit politischen Belangen belastet, soll nur Geltung haben für die jetzige Regierungskoalition und für die Zeit bis 31. März 1924. Seine unzweifelhafte Annahme gegen die Rechte und die Kommunisten wick die innerpolitische Atmosphäre aus diesen Gründen nur weiter vergiften. Und doch ist es notwendig, denn es soll der Regierung diktatorische Vollmachten geben. Unter dem Druck der politischen Linken hat man jedoch die wesentlichste Frage der Produktionssteigerung, die der Arbeitszeit, ausgeschaltet und noch weitere Anhängsel hineingebottelt, so daß die Regierung in ihrer Vollmacht an die Parteien der Koalition gebunden ist. Scharf hat der Reichskanzler mit den Deutschnationalen abgerechnet und der Weg, der zur Verständigung zwischen

Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen durch den Vorkopf des Führers Dr. Scholz (D. N.) angebahnt war, ist wieder verriegelt. Und doch ist angesichts der Bildung eines Sowjet-Sachsens und eines Sowjet-Thüringens jene Brücke der bürgerlichen Parteien eines Tages wieder aufzubauen. Und daneben schwebt die große innerpolitische Frage Bayern und das Reich. So will es scheinen, daß die alte neue Koalition nicht allzulange halten will, und daß es ohne Diktatur nicht geht.

Wie schon gesagt, die nächsten Tatsachen der Wirtschaft und des Diktats von außen, gehen unbestimmt um die innerpolitische Entwicklung ihren Weg. Im Ruhrgebiet ist das wirtschaftliche Ringen entbrannt. Nicht nur zwischen Frankreich und Deutschland wird dort gekämpft, auch zwischen Großkapital und Staat, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Ruhrindustrielle haben mit Frankreich Verhandlungen angeknüpft, bevor sie die Reichsregierung genau unterrichteten. Daß die Regierung gerade in einer Krise stand, ist kein Entschuldigungsgrund. Solange hätte das Verhandeln mit den Franzosen schon Ausschub erteilt. Es waren zudem verschiedene Gruppen, die mit Degoutte verhandelten, also nicht im gemeinsamen deutschen Interesse vorgingen, sondern im Bemühen sich gegenseitig Vorteile abzujagen. Die Otto Wolf- oder Phönix-Gruppe hat sogar mit Frankreich bereits ein Abkommen getroffen über Kupfer und Metalle, das Poincaré so deutet, daß es die Reichsregierung nichts angeht, sondern nur der Rheinlandskommission zur Prüfung vorgelegt ist. Auf der andern Seite hat der hergähnliche Verein unter Führung der Industriellen Stinnes, Böglers, Köchler Vorschläge und Wünsche den Franzosen unterbreitet, in denen Eingriffe in das Arbeitsrecht verlangt wurden. Es wurde gefordert, daß die Bergarbeiter 8 1/2 Stunden im Tag in unterirdischen Betrieb, im Betrieb über Tage 10 Stunden arbeiten sollten. Darob ist nun die ganze Arbeitnehmerschaft entrüstet, da die Arbeiter eine Art Diktat für die Arbeitszeit erlassen haben, das aber wieder ungenutzt wurde. Gespläße Beschwörungen und Tarifverträge können nicht einfach durch Unternehmer sabotiert werden.

Wenn man diese Vorgänge im Zusammenhang mit der unbedingt notwendigen produktiven Arbeitsaufnahme an der Ruhr betrachtet, verlieren sie etwas von der Schärfe. Es muß eben eine Verständigung erzielt werden. Das aber diese nicht durch die Reichsregierung erreicht werden kann, zeigen die neuesten Nachrichten. Danach ist der Schritt der Reichsregierung in Paris und Brüssel, um Verhandlungen über die Arbeitsaufnahme an der Ruhr ohne Erfolg geblieben. Poincaré lehnt auch Verhandlungen dieser Art mit Berliner Stellen ab. So bleibt nichts anderes, als das Verhandeln der Unternehmer. Das ist schwer und auch vom deutschen Gesichtspunkt aus bedauerlich. Aber es geht nicht an, dafür die Grundbesitzer als Landverrenter zu brandmarken. Das Reich stellt die Unterstützungskredite an der Ruhr allmählich ein, die Arbeitgeber müssen für die Arbeitnehmer sorgen und schließlich den bitteren Weg zu Degoutte gehen, um die Produktion in Gang zu bringen. Mit politischer Schlagwort ist nichts zu machen, mag man sich auch im unbelebten Deutschland noch so sehr damit toll gebärden. So hat denn der Reichstag auch sich am Dienstag weniger mit dem Ermächtigungsgesetz beschäftigt, als mit den Industriellenverhandlungen. Ganz zu Unrecht, denn sichere Nachrichten liegen nicht vor. Und die Regierung konnte nicht Stellung nehmen. Aber es ist kein Zweifel, daß uns noch manche harte Ruhr an der Ruhr zu machen bleibt.

In schwerster Not ruft das deutsche Volk um sein nacktes Leben. Werden die kommende Währungsreform und das Ermächtigungsgesetz den Sturz in den Abgrund noch aufhalten können? Die nächsten Tage und Wochen müssen darüber schon Gewißheit bringen.

Deutscher Reichstag

Das Ermächtigungsgesetz

Berlin, 9. Okt. Ein Antrag Müller-Franken (Soz.) fordert, daß die zu treffenden Maßnahmen, soweit nicht durch Gesetz anders bestimmt wird, mit dem 1. Januar 1925 außer



Kraft treten sollen. Ferner soll sich die Ermächtigung auch nicht auf Erwerbslose erstrecken. Abg. Dr. Helfferich (Dntk.) beantragte, das Ermächtigungsgesetz an einen Ausschuss zu verweisen, da seine Fraktion nicht in der Lage sei, diesem weitgehenden Gesetz ohne Aufklärung seitens der Regierung über die Absichten, die sie damit verfolgt, zuzustimmen.

Abg. Schiffer (Dem.) stimmt dem Ermächtigungsgesetz zu; eine Ausschussberatung sei nicht nötig, dagegen übt Schiffer eine äußerst scharfe Kritik am Reichstag, dessen Ansehen arg gesunken sei. Dem Volk dürfe nun nichts mehr vorgemacht werden.

Abg. Frölich (Komm.): Das Ermächtigungsgesetz erwäge den Parlamentarismus und sei der Beginn der Diktatur.

Abg. Dr. Hugo (D. V.) stimmt dem Gesetz zu. Dem Einzelhandel könne man nicht die Goldberechnung verbieten, wenn sie überall eingeführt werde. Daher müsse die Wucherergesetzgebung aufgehoben werden. Zur Gesundung der Kohlenwirtschaft könne auf die Hebung der Kohlenproduktion nicht verzichtet werden.

Abg. Wulle (Deutsch-Völkisch) fragt, ob tatsächlich der preussische Minister Albert (Soz.) mit einem Schieber einen Vertrag über den Verkauf von Waffen des deutschen Heers abgeschlossen habe; ob der preussische Minister Severing wirklich verfügt habe, das Reichsgesetz gegen den Willen der feindlichen Rheinlandkommission nicht durchzuführen; ob der russische Botschaftsrat, der Waffen an die Berliner Kommunisten geliefert habe, noch immer nicht abbetufen sei.

Innenminister Sollmann: Auf die Frage, ob deutsche Gesetze im besetzten Gebiet durchgeführt werden sollen, wird die preussische Regierung antworten, wenn sie es für notwendig hält. Die Zeit, wo über Waffenverkäufe gesprochen werden kann, werde die Regierung selbst bestimmen müssen. Von einer Diktatur im üblichen Sinn könne nicht die Rede sein. Gegen jeden Versuch einer ungesetzlichen Diktatur werde sich die Reichsregierung zur Wehr setzen. Über die Verhandlungen der Industriellen mit General Degoutte fällt der Redner noch kein endgültiges Urteil, weil die Regierung das umfangreiche von der Industrie überreichte Material noch nicht habe präsen können und eine Antwort aus Paris und Brüssel auf das deutsche Verhandlungsergebnis noch nicht vorliege.

Die Abgg. Alpers (Hann. Deutschnat.), Febr (BB.) und Ledebour (bei keiner Fraktion) lehnen das Ermächtigungsgesetz ab.

Bayerischer Bevollmächtigter von Preger: Die bayerische Regierung vermag dem beschlagenen Ermächtigungsgesetz nicht zuzustimmen. (Beifall rechts.) Sie trägt Bedenken, in die Hände der Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung so weitgehende Vollmachten zu legen, zumal sie sich einmal auf dasjenige Gebiet mit erstrecken sollen, auf dem sie am notwendigsten wären. (Beifall rechts, sparsam. Großer Lärm links.)

Der Antrag Helfferich (Dntk.) auf Ausschussberatung wird abgelehnt. Das Haus geht sofort zur zweiten Lesung über.

Von den Kommunisten wird beantragt, die Reichsregierung solle gegen die Industriellen Stinnes, Voegler, Glöckner, Otto Wolff usw. und gegen die beteiligten Industriellen-Organisationen Anklage wegen Hochverrats, begangen durch ihre Verhaftungsversuche mit Frankreich beim Staatsgerichtshof erheben.

Abg. Hoch (Soz.) beantragt, die Erwerbslosenfürsorge aus dem Ermächtigungsgesetz herauszulassen.

Abg. Helfferich (Dntk.): Die Legende, daß die Deutschnationalen nur der Regierung Cuno zuliebe die neuen Steuern bewilligt hätten, sei längst überlebt. Wir sind heute das ärmste Volk in ganz Europa. Wir leben seit Jahren von der Substanz. Die Reichsausgaben betragen 14 Milliarden Goldmark im Monat, also fünfmal mehr als vor dem Krieg und nicht weniger als während des Kriegs mit Einschluß der gesamten Kriegskosten. Das Budget kann gar nicht in Ordnung gebracht werden durch Steigerung der Einnahmen, denn die Reichsausgaben machen schon soviel aus, wie das gesamte Volkseinkommen. Wir müssen die Produktion steigern, und das ist ohne Erhöhung der Arbeitsleistung nicht möglich. Die neue Regierung hat gar kein Programm. Sie paßt uns nicht nur wegen der Personen nicht. Es sei eine Unwahrheit, daß

sein Grantionsfreund Graf Westarp am Montag einen Appell an die Bauernschaft gerichtet habe, Nahrungsmittel nicht mehr gegen Papiergeld zu liefern. Die Währungsreform müsse im Ausschuss beraten werden. Der Redner begründet zum Schluß die Anträge seiner Partei, wonach die Bestimmungen gestrichen werden soll, daß das Ermächtigungsgesetz vom Bestand der Großen Koalition abhängig sein soll. Ferner einen Antrag, daß die Reichstagsabgeordneten, solange das Ermächtigungsgesetz dauere, nur noch für diejenige Tage bezahlt werden sollen, wo der Reichstag tatsächlich versammelt ist. (Das werden nur wenige Tage sein, da das Ermächtigungsgesetz den Reichstag überflüssig macht.) Dadurch könne das Reich eine enorme Summe ersparen. (Großer Lärm links.)

Abg. Andre (Str.) spricht gegen die deutschnationalen Anträge.

Arbeitsminister Dr. Brauns verspricht, daß an der Erwerbslosenfürsorge keine grundlegenden Änderungen vorgenommen werden. Abg. Merk (Bayer. Volksp.) und Abg. Maljahn (Komm.) lehnen die Vorlage ab.

In späterer Nachstunde wird das Ermächtigungsgesetz in zweiter Lesung angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr.

Berlin, 10. Okt.

Der Reichstag, der vor seiner Vertagung steht, erledigte am Mittwoch eine Reihe von kleinen Vorlagen aller Art. Zunächst billigte er den 4. Nachtragsetat zum Reichshaushalt, der rund 600 000 Billionen fordert und zwar vornehmlich zur Beschaffung von Getreide, zur Deckung der Ruhrschäden, zur Bezahlung der Beamtengehälter und zur Weiterführung der Reichsbetriebe. In einer Entscheidung werden die Länder ersucht, die Zahlungen für kulturell-soziale Belange an die Religionsgesellschaften schleunigt zu leisten. Nach heftigen kommunistischen Brandreden, die verlangten, daß die Industrieführer wegen Verhandlungen mit den Franzosen vor den Staatsgerichtshof gestellt werden sollten, nahm das Haus einstimmig einen Antrag an, der bei öffentlichen Versicherungen die Anwendung wertbeständiger Zahlungsmittel (Goldanleihe oder Dollarschuldscheine) fordert. Angenommen wurden Entschlüsse, die die Reichsregierung ersuchen, die Vorschüsse für die Anstalten des Schul- und Bildungswesens denen für die Anstalten des öffentlichen Wohlfahrtswesens mindestens gleichzustellen. Weiter wurde empfohlen, den Ausbau des Ministeriums für die besetzten Gebiete möglichst rasch zu vollenden. Die Strafverfolgung des deutschvölkischen Abg. Wulle wegen Beleidigung wurde, wie üblich, nicht erteilt, obwohl dieser es wünschte. Weitere Anträge auf Strafverfolgung von Redakteuren wegen Beleidigung wurden an den Geschäftsordnungsausschuss zurückverwiesen, weil eine generelle Änderung des Pressegesetzes in Aussicht genommen ist, damit sich die Zeitungen nicht durch die Immunität von Abgeordneten, die als verantwortliche Redakteure zeichnen, decken lassen.

Am Donnerstag soll die 3. Lesung des Ermächtigungsgesetzes vorgenommen werden.

Vertagung des Reichstags

Berlin, 10. Okt. Die Vorlage des Ermächtigungsgesetzes soll nach dem Wunsch der Regierung doch noch heute erledigt werden, obgleich die dritte Lesung infolge des Widerpruchs der Opposition auf Donnerstag festgesetzt worden war. Dies könnte erreicht werden, indem heute zwei Sitzungen abgehalten werden. Nach Beratung des Arbeitszeitgesetzes, die vielleicht am Samstag erfolgen wird, wird sich der Reichstag auf längere Zeit vertagen. Ob die Pause durch Sitzungen unterbrochen wird, hängt davon ab, ob die Fraktionen die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes ausgeführten Maßnahmen der Regierung einer Prüfung unterziehen wollen. Wie verlautet, soll die Arbeitszeit im Bergbau auf volle acht Stunden ohne Einrechnung der Ein- und Ausfahrt festgesetzt werden.

Neue Nachrichten

Forderungen der Ruhrindustrie

Berlin, 9. Okt. Laut „Börs. Ztg.“ hat die von Hugo Stinnes geführte Gruppe der Ruhrindustriellen der Reichs-

regierung zehn Forderungen und Fragen überreicht. Sie verlangt u. a.: Erlass der seit der Ruhrbesetzung weggenommenen Kohlen, sowie Erlass der seit der Ruhrbesetzung zwangsweise erhobenen Kohlensteuer, Befreiung der Kohlensteuer für das Ruhrgebiet, Garantie der Verfügung über alle künftig zu liefernden Entscheidungskohlen, bevorzugte Belieferung des besetzten Gebiets mit Kohlen und Lebensmitteln, Aufhebung des Kohlenkontingents und der staatlichen Verteilungsorgane für Kohlen im besetzten Gebiet, Ermächtigung der Kommission der Industriellen, die Verhandlungen mit der Besetzungsbehörde weiter zu führen. Schließlich wird die Reichsregierung gefragt, ob sie bereit sei, die Industriellen bei der Durchführung ihrer Forderungen nach Verlängerung der Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden unter Tage und 10 Stunden über Tage und nach Aufhebung sämtlicher Demobilisierungsverordnungen zu unterstützen.

Neue Uniform für die Schutzpolizei

Berlin, 10. Okt. Auf Verlangen der feindlichen Ueberwachungskommission wird die Schutzpolizei eine veränderte Uniform erhalten. Sie wird im Schnitt der bisherigen ähnlich sein; die Hose ist aus schwarzem Tuch mit karmesinrotem Verstoff, Rock, Mantel, Umhang und Schirmmütze aus blauem Tuchstoff. Als Grund der Anordnung wird angegeben, daß die bisherige Uniform zu Verwechslungen der Schutzpolizei mit der Reichswehr führen könne.

Weitere Maßnahmen des bayer. Generallandschaftskommissars

München, 10. Okt. Generallandschaftskommissar v. Kahr hat die Verarbeitung und Verfütterung von Milch, soweit sie über den Eigenbedarf der Landwirte hinausgeht, verboten. Nötigenfalls werden die Buttermaschinen beschlagnahmt. Verfallnis in der Milchablieferung wird unter Strafe gestellt. Die Ausfuhr von Milchzeugnissen aus Bayern wird von der Genehmigung der Landesfeststelle abhängig gemacht. Ferner sind Maßnahmen gegen die Wucherer und Schieber in Ausarbeitung. Einer Reihe von Ostjuden aus Sowjetrußland wurde die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis verweigert.

Der „Fränk. Kurier“ berichtet, Adolf Hitler habe die ihm kürzlich übertragene Führerschaft des „Deutschen Kampfbunds“ niedergelegt, da er den Beschluß des Bundes, Kahr zu unterstützen, nicht billige.

Kücktritt des sächsischen Geschäftsträgers in München

München, 10. Okt. Der sächsische Geschäftsträger v. Dziembrowski hat wegen des Eintritts der Kommunisten in die sächsische Regierung seine Entlassung gefordert.

Landabgabe. Der Umrechnungslatz beträgt vom 13. bis 16. Oktober 243 Millionen Papiermark für eine Goldmark.

Aufhebung eines Zeitungsverbot

Leipzig, 10. Okt. Der Staatsgerichtshof hat das von der preussischen Regierung verhängte Verbot der Berliner „Deutschen Zeitung“, das am 26. September ergangen war, aufgehoben. — Wer erschädigt nun die Zeitung für den ungerechtfertigt zugesetzten Schaden? Alle Zeitungen sollten endlich einmal zusammenstehen, um sich gegen Verbotsschädigungen zu schützen, falls das Verbot vom Staatsgerichtshof für unbeschädigt erklärt wird. Das ist eine Zeitungsangelegenheit von allgemeiner größter Bedeutung.

Frankreich will nicht mit der Reichsregierung verhandeln

Paris, 10. Okt. In der Anregung der deutschen Reichsregierung, eine französisch-belgisch-deutsche Kommission zu Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet vorzuschlagen, hat das französische Reichsamt keine befriedigende Antwort gegeben. Die belgischen Regierungen wollen diese Frage nicht mit der Reichsregierung besprechen, d. h. mit den Behörden, die von Berlin aus den passiven Widerstand geleistet haben. Dagegen seien sie sehr geneigt, unmittelbar mit den Behörden im besetzten Gebiet oder mit den Unternehmern und den Arbeitergruppen die Vorkehrungen für die Wiederherstellung des geregelten Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet zu treffen. Das Abkommen der Ingenieurkommission mit der Phönixgruppe beweise, daß ein solches Verfahren rasch durchführbar und praktisch sei, während von der Einmischung der Regierung nur Hemmungen

Aus Münchens guter alter Zeit

(Lex mihi ars — Die Kunst mein Gesetz)

Musikroman von Dr. Hans Fischer-Hohenhausen.
(Rachdruck verboten.)

17)

„Das gehört sich doch gar nicht mehr, einen so großen Jungen zu schlagen!“ entrüstete sich Frau Nitschal.

„Wenn mein Mann seine Paroxysmen hat, ist es ganz zwecklos, vernünftig mit ihm zu reden“, sagte Frau Strauß.

„So, und wenn er Ihrem Sohne in seinem Jähzorn vielleicht etwas Schlimmes zufügt“, versetzte entrüstet Frau Nitschal.

„Dazu hat er ihn doch zu lieb. Ich muß meinen Gatten so nehmen, wie er ist. Er hat viele Kränkungen im Leben erfahren und all' seine Hoffnungen auf Erfolge als schaffender Künstler mit der Zeit begraben. In seinem Notenschrant ruhen seine Manuskripte — ungedruckt — und ich kann Ihnen versichern, es ist viel Schönes und manches Außerordentliche darunter. Das nagt an ihm.“

Während der letzten Worte erklang ein pfeifdegaloppähnliches Gepolter die große Steintreppe herab und plötzlich stand der junge Richard vor seiner Mutter und Frau Nitschal.

„Mutter, Mutter!“ hastete er schnaubend. „Billow hat mich zum Abendessen im Hotel eingeladen!“

„Was Du sagst!“

„Und meine Arbeiten will er prüfen!“

„Gratuliere!“ rief Frau Nitschal dazwischen.

„Gleich kommen die Herren! Wiehl ist auch mit eingeladen!“

„Aber Richard, was soll ich denn dem Vater sagen, wenn Du nicht daheim bist? Er wird es nicht billigen, daß Du die Einladung von Billow angenommen hast. Ueberhaupt solltest Du mit nach Hause und ins Bett gehen. Morgen um acht Uhr ist Schule!“

„Aber Vater kommt doch heute erst nach elf Uhr heim und jetzt ist es erst neun Uhr!“

„Und wem's wieder Reack gibt?“

„Es gibt keinen Reack! Ich werde gewiß pünktlich zurück sein!“

„Denk' an Deine Mutter, die alles schlucken muß, wenn der Vater heimkommt und Dich im Haus nicht findet — nicht zu gedenken des Empfangs, der Deiner dann harrt!“

„Gewiß, gewiß, liebe Mutter!“

„Also sei mein gehorsamer Bub — ich gönne Dir gewiß die Freude — und jetzt auf Wiedersehen! Ich möchte nicht gerne von Billow gesehen werden, höre ihn schon kommen! Hoffentlich trägt er Dir nichts nach von dem, was er mit Deinem Vater abzumachen hätte. Guten Abend, Frau Nitschal!“

Damit verneigte sie sich kurz vor der Kollegengattin, gab ihrem Sohn noch schnell einen Kuß und verschwand in der Dunkelheit in der Richtung des Wittelsbacher Platzes mit raschen Schritten.

Einige Wochen später — an einem Sonntagnachmittag — spielten unsere jungen Leute wieder Kammermusik. Diesmal im Hause des Hans Fischer und zwar ohne Richard Strauß. Dieser trugte entweder immer noch wegen der Prügel, die er vor Hans erhalten, oder er hatte ein abfälliges Urteil von Billow erfahren. Einem war es gar nicht unlieb, daß der im kameradschaftlichen Verkehr schwer zu behandelnde Richard nicht mittam: Dem Leo Heller. Denn dieser wollte seine Komposition auch einmal gespielt haben und nicht immer zurückgesetzt werden, bloß weil er an Jahren der Jüngste war.

Sie waren heute zu Fünfen und konnten Streichquintett spielen. Hans Fischer und Leo Heller waren Geiger, Wilhelm Heller Bratschist und Arthur Seidl und Franz Gebhard Cellisten — und wenn man ein Klaviertrio oder Quartett wählen wollte, hatte man in Wilhelm Heller einen vorzüglichen Pianisten. Hans Fischer's Vater, der Kgl. Adokat, hatte eine schöne, geräumige Wohnung inmitten der Altstadt, und sah sehr darauf, daß sein Sohn und dessen Schulfreunde am Sonntag nachmittag und

überhaupt in der freien Zeit sich mit der Kunst beschäftigten. Er erblickte darin schon vom pädagogischen Standpunkt aus ein Erziehungsmittel, die Jugend vom Wirtshaus und anderem Unfug abzuhalten. Er selbst war freilich in keinem Musikinstrument ausgebildet, hatte aber ein gesundes musikalisches Urteil. Bemerkenswert war, daß er der allgemeinen, gerade in Musikerkreisen selbstverständlichen Richard Wagnerbekämpfung fern stand. Wiederholt hatte er, angeregt durch Pressekritiken, die Tondramen Richard Wagners angehört und offen erklärt, die Größe der Werke imponierte ihm und besonders die tiefe Philosophie müsse jeden gebildeten Menschen anregen. Ein gänzlichliches Verwerfen einer Kunstströmung, bloß weil sie neu ist, war in seinen Augen eines Akademischgebildeten unwürdig. Seine Frau aber, Hansens Mutter, war mit ihrem Kunsturteil schon deswegen auf Seiten Richard Wagners, weil der König Wagnerianer war. Als geborene Frein v. Hohenhausen, im adeligen Institut erzogen, war sie gewöhnt, ureitlos als richtig hinzunehmen, was der König sagte. Eine gewisse mittelalterliche Eitelkeit trat hinzu: ihr Sohn Hans spielte trotz seiner jungen Jahre nicht ohne Geschick Richard Wagner und verstand es sogar, über dessen Werke stundenlang am Klavier auswendig zu phantazieren, was damals sehr bewundert wurde — sogar gerade von Wagnerfeinden — weil diese die Musik für so konfus und perwers hielten, daß kein Mensch das Zeug auswendig behalten könne. Da nahm sie denn gern als Mutter die Huldigungen an, die über ihren Sohn gemacht wurden. Sie selbst war zudem musikalisch gut erzogen und hatte eine angenehme Singstimme. Musik gehört zu den Erfordernissen eines Menschen der guten Gesellschaft, in diesem Sinne förderte sie Begabung und Neigung ihres Sohnes. Aber es durfte nicht zur Leidenschaft oder gar zum Beruf ausarten! Denn der Künstler wird in der besten Gesellschaft doch nicht als voll angesehen. Jeder Offizier, Beamte, Rechtsgelehrte fußt auf seiner Stellung und kann darauf pochen. Der Künstler ist nur von Fall zu Fall zugelassen. (Fortsetzung folgt.)

zu erwarten seien. Wenn die Reichsregierung Auskünfte wünscht, habe sie sich ausschließlich an die Entschädigungskommission zu wenden, aber erst, nachdem der passive Widerstand in seinen Wirkungen vollkommen beseitigt sei. Nur auf diesem Wege werden sich diplomatische Verhandlungen zwischen den Verbündeten und dem amtlichen Deutschland vollziehen.

Paris, 10. Okt. Am „Petit Journal“ wird geschrieben: Soll Frankreich auf die Anregung der deutschen Reichsregierung die Tür öffnen? Die Reichsregierung besitze weder den Einfluß noch das Geld, Frankreich zu befriedigen; sie lasse sich von der Stinnesgruppe zwingen. Stinesmann habe es auf die Aufforderung Lord Curzons, Verhandlungen mit den Verbündeten einzuleiten, im Reichstag am Montag klar ausgesprochen, daß er gewisse Unvollkommenheiten des Vertrags von Versailles gegen Frankreich ausbeuten wolle. Und da die Gewalt des Widerstands im Ruhrgebiet nicht zum Ziel führte, wolle er es mit List versuchen. Die Warnung sei dankenswert. Frankreich habe sie zwar nicht nötig, aber es werde sich ihrer erinnern, um das Vorgehen unabhängig und entschlossen zu Ende zu führen, dessen Wirksamkeit täglich mehr zu spüren sei.

Das „Echo de Paris“ meldet dagegen aus Düsseldorf, der deutsche Vorschlag werde dort günstig aufgenommen.

Das deutsche Papiergeld für England

London, 10. Okt. „Daily Express“ teilt mit, daß das deutsche Flugzeug, das bis jetzt die Beförderung des deutschen Papiergelds zwischen Köln und London für die englische Besatzung vorgenommen habe, am letzten Samstag seine letzte Reise gemacht habe. In Zukunft werde kein deutsches Papiergeld mehr nach London geschickt werden.

Cooldidge lehnt die Vermittlung ab

Paris, 10. Okt. Nach dem „Remport Herald“ hat Präsident Cooldidge es abgelehnt, in der Entschädigungsfrage die Vermittlung zu übernehmen. Die Anregung, daß die Vorschläge Hughes (Prüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands durch unparteiische Sachverständige) Deutschland und Frankreich aufzugeben werben sollen, um beiden einen ehrenvollen Rückzug zu ermöglichen, sei von einem Vertreter Cooldidges abgelehnt worden.

Ein Aufruf der Sozialdemokraten.

Berlin, 10. Okt. Der „Vorwärts“ veröffentlicht einen Aufruf der Reichstagsfraktion der S.S.D. Es wird darin u. a. die Auffassung der Mehrheit über die Teilnahme der Sozialdemokratie an dem zweiten Kabinett Stinesmann verteidigt und die Mahnung ausgebracht, treu zur Partei zu halten.

Die Nachrichtenzensur aufgehoben.

Berlin, 10. Okt. Reichswehrminister Dr. Gessler hat an die Wehrkreisbehörden folgenden Befehl erlassen: Die Verordnung vom 1. Oktober über die Verbreitung von Nachrichten wird aufgehoben. Gegen Zeitungen, Nachrichtenbüros usw., die durch Verbreitung ungesicherter Gerüchte die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden, ist auf Grund des § 17 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September einzuschreiten.

Wiederaufnahme der Sachlieferungen.

Berlin, 10. Okt. Halbamtlich wird mitgeteilt, daß der deutsche Geschäftsträger in Brüssel dem belgischen Minister des Äußern, Jaspar, die Bereitschaft der deutschen Regierung zur Wiederaufnahme der Sachlieferungen mitgeteilt hat.

Taschenschieberverhörung in Rumänien

Bukarest, 10. Okt. Die Polizei entdeckte eine Verschwörung von Taschenschiebern. Mehrere Minister, Finanzleute und andere Persönlichkeiten sollten heute ermordet werden. Unter den Verhafteten befinden sich zwei Studenten, die ein Geständnis ablegten.

Lösung der Arbeitsgemeinschaft?

Berlin, 10. Okt. Von den Gewerkschaften ist angeregt worden, falls die Vorschläge der Ruhrindustriellen bezüglich der Aufhebung des achtstündigen Arbeitstags und des Tarifwomens Erfolg haben sollten, aus der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auszutreten. Für den Austritt soll besonders der sozialdemokratische Bund der Angestellten (Msa) sein, während die christlich-deutschen Gewerkschaften dagegen sind, da es nicht sicher sei, daß die Arbeitgeber im allgemeinen das Vorgehen der Schwerindustriellen billigen.

Minoug trennt sich von Stinnes

Berlin, 10. Okt. Der Generaldirektor der Stinnesunternehmungen Minoug hat seinen Posten niedergelegt, um sich ganz der Politik zu widmen. In letzter Zeit sollen wirtschaftspolitische Meinungsverschiedenheiten mit Stinnes aufgetreten sein, namentlich bezüglich der Eisenbahnen des besetzten Gebiets. Während Stinnes für eine Gesellschaftsbildung unter Beteiligung der deutschen Industrie sei, vertrete Minoug den Standpunkt, daß die Bahnen im Besitz des Reichs bleiben sollen. — Minoug war schon bei der letzten Kabinettsbildung für das Finanz- oder für das Wirtschaftsministerium ins Auge gefaßt.

Die Ueberwachungskommission am 10. wieder

London, 10. Okt. Die Botschafterkonferenz in Paris hat in einer Note angezeigt, daß die Verbandskommission zur Entwaffnung Deutschlands ihre Tätigkeit wieder aufgenommen habe, während in den letzten Monaten so gut wie keine Ueberwachung ausgeübt worden war. In London ist nach Reuters nicht bekannt, welche tatsächliche Bedeutung der neuen Tätigkeit beizumessen sei.

Der Billionentraub

Berlin, 10. Okt. Am 28. v. M. besetzten belgische Truppen die Reichsbankstelle in Märs, bemächtigten sich der aus den Kassettenscheiben liegenden Beträge in Höhe von rund einer halben Billion Mark und verlangten die Herausgabe der Kassenscheine, die sich auf etwa 15 Billionen belaufen. Da die Öffnung des Schranks verweigert wurde, wurden der Schlüsselführende Beamte, ein Geldzähler und zwei Angestellte verhaftet. Das im Kassenraum anwesende Publikum wurde mit Gewalt gezwungen, seine Geldbeträge auszubändigen. Erst nachdem am 1. d. M. an die belgische Besatzungsbehörde die Summe von einer Billion Mark bezahlt worden war, bequerten sich die Belgier dazu, das Gebäude zu räumen und die Befragenen, die während der Zeit ihrer Besat-

zung weder essen noch schlafen konnten, wieder freigegeben. — Am 4. d. M. sind von dem Kommissar der belgischen Besatzungsbehörde auf der Reichsbankstelle in Aresfeld 500 Milliarden Mark fortgenommen worden. Aus der Reichsbankstelle in Düsseldorf wurden auf Befehl des französischen kommandierenden Generals weitere 800 Milliarden weggenommen.

Ausweisungen

Eudwigshafen, 10. Okt. In Kaiserslautern sind 19 Eisenbahnbeamte mit Familien ausgewiesen worden, weil sie die Bedingungen zur Einstellung in den französischen Dienst ablehnten. Ferner wurden zwei Schauspieler und vier Schauspielerinnen des Stadttheaters wegen „Bedrohung der Sicherheit der Besatzung“ ausgewiesen.

Ruhrfinder in Wien

Wien, 10. Okt. Unter ungeheurem Jubel der Bevölkerung sind 600 Ruhrfinder aus Gessentirchen, Recklinghausen und Umgebung in Wien eingetroffen.

Württemberg

Stuttgart, 10. Okt. Vom Landtag. Abg. Ströbel (Bauernbund) hat folgende Kleine Anfrage an die Regierung gerichtet: Ist dem Herrn Finanzminister bekannt, daß vom Reichsfinanzministerium die württembergischen Ortssteuerämter aufgehoben werden und daß infolgedessen die Steuerpflichtigen gezwungen sind, im Monat mehrere Male ihre Steuern direkt beim Finanzamt des Oberamtsbezirks abzuliefern? Ist der Herr Finanzminister der Ansicht, daß auf diese Weise „Ersparnisse“ gemacht werden, wenn Tausende von im Erwerbleben stehende Personen in jedem Monat einige Tage zum Steuerzahlen verwenden und Millionen für Fahrgehalte ausgeben müssen? Was gedenkt der Herr Minister zu tun, um derartige „Bereinsparungen“ der Reichsfinanzverwaltung auf Kosten der ländlichen Steuerpflichtigen und der Allgemeinheit zu verhindern?

Stuttgart, 10. Okt. 90. Geburtstag. In geistiger und körperlicher Rüstigkeit feiert heute der frühere Industrielle August Jöpfig seinen 90. Geburtstag. Seit vielen Jahren betrieb er das Selbststudium der Naturwissenschaften und der Heilkunde und trat namentlich für die Homöopathie ein. Bis in die letzte Zeit gab er alljährlich ein Wetterprognoseheft heraus.

Todesfall. Overtkirchenrat, Rabbiner Dr. Kroner ist im Alter von 79 Jahren gestorben. Er war 1893 als erster Rabbiner in Stuttgart gewählt worden.

Zeitschriftenverbot. Der militärische Befehlshaber für Württemberg hat die in Espelingen erscheinende pazifistische Wochenzeitung „Die Menschheit“ bis auf weiteres verboten.

Schlüsselzahl des Buchhandels ab 11. Oktober 200 Millionen (9. Okt. 100, 10. Okt. 170).

Juffenhäuser, 10. Okt. Vorgeschiedlicher Fund. In den Salzwiesen kam bei Grabarbeiten für eine Wasserleitung in 80 Zentimeter Tiefe ein Backenzahn (nicht Stofzahn) eines Mammut zum Vorschein. Beim Löwentor wurde vor einigen Jahren ein Stofzahn jenes langbehaarten Ur-elefanten gefunden. Ein Teil des oben genannten Zahns kam in die Naturhistorischen Sammlungen der hiesigen Hochschule.

ep. Grunbach, 10. Okt. Bedrängte Fürsorge. Dem hiesigen Frauenstift, das alten, einsamen und zum Teil kranke Frauen eine Heimat gewährt, droht die Auflösung und seinen Inhabern Heimatlosigkeit, da alle Mittel zur Kartoffelversorgung für seine 20 Personen umfassenden Haushalt fehlen. Schleunige Hilfe mit Geld und Naturalgaben ist dringend nötig.

Gmünd, 10. Okt. Neuer Vorstand. Da Professor Vogel in sein akademisches Lehramt an der Universität Gießen zurückkehrt, übernimmt Berggraf Dr. Moser die Leitung des Instituts der Probier- und Forschungsanstalt. Er behält sein Amt an der Münze in Stuttgart daneben bei.

Talheim M. Heilbrom, 10. Okt. Der Dollarpreis. Am israelitischen Neujahrsfesttag erhielt die Witwe Jordan, während sie in der Synagoge war, einen Brief aus Amerika. Der Postbote schob ihn wie üblich zum Türpalt hinein. Der eingesperrte Hund zerriß jedoch den Brief samt einem inliegenden 5-Dollarschein und fraß ihn bis auf einige kleine Fetzen zum Schrecken der Heimkehrenden auf.

Steinheim a. Albach, 10. Okt. Teure Pacht. Bei der Verpachtung der Sommerschafweide im Weiler Gnannenweiler, mit 200 Stück befahrbar, wurde die Summe von 11 730 Goldmark erlöst.

Rottweil, 10. Okt. Dieblicher und Dieblicher. Die Strafammer hat den Dachdecker Karl Fischer wegen schweren Diebstahls zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, den Stellwerksmeister Eugen Fischer wegen Hehlerei zu 6 Monaten, den Werkhagenmacher von Dürheim wegen Hehlerei zu 4 Monaten und die Instrumentenmacher Johann und Karl Mesle wegen Hehlerei zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Es handelt sich um die Einbrüche auf Schloß Lichteneck, Schloß Mühlheim, Schloß Werenwag, in der Pulverfabrik Rottweil, Kurhaus Dürheim, Lusenheim in St. Blasien u. a.

Tuffingen, 10. Okt. Einbruch. In einem Schublager wurde nachts eingebrochen und eine größere Anzahl Schuhe gestohlen. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

Friedrichshafen, 10. Okt. Obst- und Kartoffeldiebstahl. In letzter Woche wurde nachts einem Landwirt in Lachtrudenhäuser eine Menge Obst und einem Landwirt in Lachtrudenhäuser eine Menge Obst und einem Landwirt in Lachtrudenhäuser eine Menge Obst und einem Landwirt in Lachtrudenhäuser eine Menge Obst gestohlen. Die Täter wurden ermittelt und das gestohlene Gut restlos wieder beigebracht.

Schlüsselzahl der Gasthöfe. Der Vereln Würtf. Gasthofbesitzer hat die Verwiltigungszahl für den Friedenspreis eines Zimmers auf 100 Millionen erhöht.

Die Schlüsselzahl des Deutschen Buchdruckervereins erhöht sich ab 10. Oktober auf 7 500 000.

Eine Enthüllung

Stuttgart, 10. Okt. Unter der Ueberschrift „Auf Schleichenwegen“ veröffentlicht das führende Blatt der Zentrumsparlei, „Deutsches Volksblatt“, heute einen Artikel über die Selbstschuttruppe der Sozialdemokraten und Kommunisten, „Republikanischer Reichshund“, unter der Führung des früheren Oberpolizeidirektors Hahn in Stuttgart. Hahn habe vor dem auch die mit den Göppinger Gummiastkämpeln bewaffnete Truppe geleitet und energisiert, die sich „Wandervereinigung Schwaben“ nannte. Dann kommt das Blatt auf Vorgänge der jüngsten Tage zu sprechen, die sich in Ruffenhäusern, Botmana und

Stuttgart trugen, bis die Polizei dahinter gekommen sei. Lastautomobile der Kaufmannswohlfahrt von Lippmann, Wolff u. Sohn (Teilhaber Wolff, Schwarzenberger und Feigenbaum) hätten bei der Firma Schwarzschild in Juffenhäuser (Mitbeteiligte Rosenstock und Oesterreich) große Mengen Säbelskuppen, Tornister, Brotbeutel, Feldflaschen und Trintbecher abgeholt und auf geheimnisvollen nächtlichen Fahrten, sowie unter Vermeidung der belebten Straßen teils beim Süddeutschen Metallarbeiterverband in der Rötterstraße zu Stuttgart, teils in einem Schreinereigeschäft zu Botman untergebracht. Ein Teil sei auch auf Handwagen nach Cannstatt in den Hof des Schwabenbräu und von da weiter zu Gemeinderat Blaser und anderen gebracht worden, bis die Polizei der Sache ein Ende machte. Der Artikel nennt allerhand Namen aus dem Republikanischen Reichsbund, wie den des Regierungsrats Wildermuth, des Abg. Schuler und sogar des Geschäftsführers der Demokratischen Partei, Hopf. Ueber die Art, wie die republikanische Schutzgarde in den Besitz der Ausstattungsgegenstände gekommen sei, wird erzählt, daß der frühere Oberpolizeidirektor Hahn mit Herrn Schwarzschild verhandelte und den Abg. Schuler dazu mitbrachte, worauf ganz umsonst, ohne jede Bezahlung und aus purer Gefälligkeit 2500 solcher Garnituren abgegeben worden seien. Ein Geometer namens Frech und der Redakteur Freihöfer hätten eine Art Abnahmekommission gebildet. Am letzten Freitag und Samstag abend hätten die Sachen verteilt werden sollen, seien jetzt aber in guten Händen und auf beste aufgehoben. Der Polizeibericht hat über die Vorgänge bis jetzt nichts gemeldet.

Unser Garten im Oktober

Der Gemüsegarten hat endlich den langersehnten Regen, leider zu spät, denn die meisten Gemüsearten haben bereits infolge der anhaltenden Trockenheit des vorhergehenden Monats ihr Wachstum abgeschlossen. In Lagen mit hohem Grundwasserstand, war die Wärme und Trockenheit von Vorteil, in trockenen Lagen mit Kiesuntergrund bedeutet der Sommer eine Mißernte. Es ist deshalb nicht zu verwundern, wenn auf solchen Böden auch die Kleinpächter und Kleingartenbesitzer allmählich zum ausschließlichen Anbau von Kartoffeln und Getreide übergehen, weil diese weniger Arbeit und mehr Nutzen versprechen. Das Gemüse kann demnach nicht billiger werden, sondern es wird in Zukunft unbezahlbar. Deshalb sollte jeder, der einen Garten hat, wenigstens für den eigenen Bedarf Gemüse bauen. Die vorbereitenden Arbeiten für nächstes Jahr nehmen bereits im Herbst ihren Anfang mit deren Orken und Dingen des Landes, das schon abgeerntet ist. Mit dem Einwintern der Winter-Gemüse und Wurzelgewächse, die aber nur bei trockenem Wetter eingebracht werden sollen, wird immer mehr Land frei, so daß schon manches Stück Arbeit für nächstes Frühjahr geleistet werden kann. Das Gemüse überwintert am besten in Erdgruben und Mieten. Petersilie und Schnittlauch werden zum Antreiben am Küchenfenster in Töpfe und Kästchen gepflanzt.

Die Erdbeerbette sind zu säubern, zu bedecken und mit kurzem Dünger zu belegen. Man veräume nicht Unkraut und Krautstränke zu sammeln und möglichst zu verbrennen, um einer weiteren Ausbreitung des Unkrauts und der Kropfkrankheit der Kohlrarten vorzubeugen. Unreife Tomaten werden zum Nachreifen in der Küche auf Schränke und sonstige dazu geeignete Plätze gelegt. Wo Nachfröste zu erwarten sind, ist das Bedecken der Spinat- und Schwarzwurzelbeete mit Laub nach Eintritt des Frostes anzuraten, um das Ausfrieren zu verhindern.

Im Obstgarten wird mit den Neupflanzungen begonnen. Je früher diese beendet werden, desto besser ist es für die Bäume. Das Winterobst wird vor dem Eintritt der Nachfröste geerntet. Mit dem Ausputzen und Reinigen der Obstbäume kann angefangen werden. Vielfach legt man schon jetzt an die Stämme Klebringe gegen Frostschneider an.

Allerlei

Erzherzog Joseph Franz, Sohn des Erzherzogs Joseph, hat sich, wie aus Budapest gemeldet wird, mit der Prinzessin Anna von Sachsen, der Tochter des ehemaligen Königs Friedrich August, verlobt.

J. R. 3 wird seine Reise nach Amerika erst im nächsten Frühjahr antreten können, da in der Lieferung der fünf Manbachmotoren eine Verzögerung eingetreten ist. Diese zwölfzylinderigen Motoren von je 400 Pferdestärken sind so gebaut, daß sie auch rückwärts laufen können.

ep. Die Gesamtzahl der Klosterniederlassungen in Deutschland beläuft sich nach der „Germania“ zur Zeit auf 6802.

Die Fahne der Banater Schwaben. Bei der zweihundertjährigenfeier der Stadt Temesburg im Banat wurden die altfränkischen Farben rot-gold wieder getragen, die die frühere ungarische Regierung nicht geduldet hatte. Mit Zustimmung der rumänischen Regierung wurden sie fortan als die Farben der Banater Schwaben erklärt. Die Schwaben werden nun bei allen passenden Gelegenheiten rot-gold auf Bändern, rot-gold auf Fahnen tragen. Daneben bleibt zum Zeichen der Zusammengehörigkeit zum Großdeutschtum die schwarz-rot-gelbe Fahne in allen österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten, sie erhält jedoch nach dem Vorgang der Alpenländer meist ein Halbkreuz im Mittelfeld.

700 Tonnen Gefrierfleisch verloren. Bei den Stürmen letzter Tage scheiterte im Kanal der Dampfer „Stuart Star“. Er hatte u. a. 700 Tonnen Gefrierfleisch von Argentinien nach Bremen an Bord, die fast ganz verloren sind.

ep. Orientalische Studenten. An deutschen Universitäten studieren gegenwärtig 1700 junge Leute aus dem nahen Orient, 2000 aus Ostasien. — Um die deutsche Wissenschaft auszufächeln, dazu sind die Deutschen gerade gut genug, im übrigen verfolgt man die Hunnen und Barbaren mit Haß und Verachtung. Deutsche Duster aber sind unentwegt der Ueberzeugung, daß Deutschland die Freundschaft der Völker erwerbe, wenn man möglichst viele fremde Schwärmer an der reichbesteuerten Tafel der deutschen Wissenschaft sich breitmachen lasse.

Einsturz einer Brücke. Die Brücke über den St. Lorenz-Ström bei Lachine (Kanada) ist eingestürzt. 40 Schiffe, die mit 4 000 000 Bushels Ausfuhrweizen auf dem Strom unterwegs waren, sind dadurch in ihrer Fahrt aufgehalten worden; man hofft aber, den Verkehr in drei Tagen wieder aufnehmen zu können.

ep. Das japanische Erdbeben und die deutsche Mission. Durch das Erdbeben in Japan ist die Kirche des All. Ev. Protestantischen Missionsvereins im Stadteil Togojaka von Tokio zerstört und eine Anzahl von Angehörigen der Missionsgemeinden getötet worden. Das Hauptgebäude des

Missionsvereins im Stadtteil Koishikawa ist dagegen unversehrt geblieben.

Woher kommt das Holz der Brupere-Pfeife? In unserer Zeit, in der die wohnwichtige Feuerung der Zigarren und Zigaretten die Tabakpfeife wieder salonfähig gemacht hat, wendet sich die Aufmerksamkeit auch dem Wurzelholz zu, aus dem die beliebte Brupere-Pfeife gefertigt wird. Es handelt sich um das schöne, harte, feinmaserige Holz der „Erica arborea“, einer Art Heidekraut, das 5 Meter in der Höhe misst und in den brachliegenden Gegenden Italiens, hauptsächlich aber auf dem unkultivierten Boden der Insel Sardinien üppig wächst. Der ruhbare Teil des Strauches ist die Wurzel, die das eisenharte Holz von dunkelroter Farbe liefert, aus dem die Pfeifenköpfe geschnitten werden, während die Halme der Pflanzen zu Besen für den Hausgebrauch verarbeitet werden. Das Wurzelholz läßt sich mühelos bearbeiten und nimmt die Politur leicht an. Vor allem eignet es sich deshalb für Pfeifen, weil es der Verkohlung vollständig widersteht. Die Bearbeitung des Holzes zu Pfeifen ist auf Sardinien eine Hausindustrie, die der armen Bevölkerung einen leidlichen Verdienst sichert. Die saserige Masse der Wurzel wird zunächst mit Stroh und nasser Erde umwickelt, um sie vor den Sonnenstrahlen zu schützen, die das Holz austrocknen und unbrauchbar machen würden. Man schneidet es dann in handliche viereckige Stücke, die vermittelst der Kreissäge weiter verarbeitet werden. Die so bearbeiteten Stücke werden dann zwölf Stunden im Wasser gekocht und bleiben weitere zwölf Stunden zum Abkühlen im Kessel liegen, ein Verfahren, das die Schnitbarkeit wesentlich erleichtert.

Herbstgedanken

Mit welchen Blättern spielt der kalte Wind,
Früh sinkt die Dämmerung auf das herblich' Land.
Und unsre Herzen, die entnervten, müden,
Ergrüßt ein Jagen vor den Winter Nächten.

Angst schnürt die Brust .. der Kampf .. die Not ... der
Hunger ...

Verzweifelt lehtes, atemloses Wehren
Da Fluten aber uns zusammenstürzen; —
Ein Riesental, — liegt's über deutschem Land!

Nun zeig, Land, was Du an Kraft besitzt,
Zeig es im Dunkel dieses langen Winters
Die Schicksalsstunde bricht auf's neue an
Steh' fest, Du Volk, auf aller Mutterer:
Und werde reis in dieser großen Not!

E. L.

Letzte Nachrichten.

Amerikanische Kredite für Deutschland.

Berlin, 10. Okt. Der „Vokalanz“ berichtet: „Wie wir erfahren, ist dem Reiche ein ausländischer Kredit gewährt worden, der zwar nicht übermäßig hoch, trotzdem aber nicht so unbedeutend ist, daß man daraus den Schluß auf Deutschlands steigende Kreditwürdigkeit zu ziehen geneigt ist. Von hervorragenden Amerikanern ist an die deutsche Regierung die Anregung weitergegeben worden, von deutscher Seite möchte die Entsendung von Sachverständigen in die Wege geleitet werden, die mit amerikanischen Vertretern über finanzielle Fragen verhandeln könnten.“

Coolidge bleibt passiv.

Paris, 10. Okt. Nach einem Privattelegramm des „New York Herald“ hat Präsident Coolidge es abgelehnt, den Vermittler für die Reparationsverhandlungen zu spielen. Die Anregung, daß die Vorschläge des Senators Hughes Deutschland und Frankreich zugewandt werden sollen, weil dies der einzige Weg sei, es den Ländern zu erlauben, einen ehrenvollen Rückzug vom Ruhrgebiet zu bewerkstelligen, sei von einem Vertreter des Weissen Hauses abgelehnt worden. Bestätigend

meldet „Reuter“ aus Washington, Coolidge glaube, bei der gegenwärtigen Verfassung Europas würde wenig oder nichts gewonnen werden durch die Veranstaltung einer Weltwirtschaftskonferenz. Die amerikanische Regierung schlägt den europäischen Nationen die Bildung einer internationalen Kommission vor zur Feststellung der deutschen Fähigkeit, Reparationszahlungen zu leisten. Einen weiteren Schritt beabsichtige sie nicht in dieser Angelegenheit.

Das Treiben der Sonderbündler.

Paris, 10. Okt. Der Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ meldet aus dem Ruhrgebiet, daß die Führer der Abfallbewegung sich die Ausweisung der 400 Schupoemanten im gegenwärtigen Augenblick sehr zu Nutzen machen. Sie seien damit beschäftigt, diejenigen ihrer Anhänger, die Polizeidienste verrichten wollten, in die Liste einzutragen. Der Berichterstatter nimmt an, daß die neue sächsische Polizei zur Hälfte aus Sonderbündlern zusammengesetzt sein wird.

Belgien und der deutsche Schritt.

Brüssel, 10. Okt. Die Agence Belge meldet: Der deutsche Geschäftsträger hatte eine Unterredung mit dem Minister des Innern, Jaspar, dem er mitgeteilt haben soll, das Deutsche Reich wünsche bei der Wiederaufnahme der Tätigkeit im Ruhrgebiet mitzuarbeiten und wieder auf Entschädigungskonto Kohlen zu liefern. Das Reich wünsche ferner den Zusammenritt von deutschen, französischen und belgischen Vertretern zur Regelung der Frage. Jaspar soll dem deutschen Geschäftsträger erklärt haben, er werde sich mit der französischen Regierung in Verbindung setzen. Auf jeden Fall aber müsse das Reich den zur Lieferung von Brennstoffen bereiten Industriellen versprechen, daß es diese bezahlen werde, und ferner den deutschen Eisenbahnern befehlen, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen.

Handelsnachrichten

Polen am 10. Okt.: 2 982 437 500 (1 203 000 000).
Im freien Verkehr stieg der Dollar in Berlin bis 4. nachmittags bis 5 Milliarden, an der Stuttgarter Börse wurden 6 Milliarden genannt. Das Pfund Sterling sprang in Berlin bis auf 25 Milliarden, in Stuttgart auf 20-22 Milliarden.
Der Wert einer Million Mark in Pfennigen am 8. Okt.: in Holland 0,5, Belgien 1,9, Norwegen 0,9, Dänemark 0,7, Schweden 0,5, Italien 2,2, London 0,5, Neuport 0,5, Paris 1,8, Schweiz 0,5, Spanien 0,7.

Goldkaufpreis der Reichsbank am 8. Okt. 3 844 341 000 M für ein Zwanzigmarkstück.
Goldzinsfuß vom 13. bis 16. Okt. 24 299 999 900 Prozent. Eine Goldmark gleich 243 (127) Millionen Papiermark.
Neue Aktiengesellschaft. Mit dem Sitz in Waiblingen i. N. wurde eine Ein- und Verkauf-Aktiengesellschaft für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit einem Grundkapital von 202 Mill. Mk. gegründet. Vorstand: Vorsitzender: Theodor Reichert und Kaufmann Albert Käber-Waiblingen. Aufsichtsrat: Schultheiß Karl Ritter-Meinheppach, Gutspächter Hermann Reinhardt-Schloß Remsed, Schultheiß Ludwig Kümmler-Strimpfelbach, Landwirt Karl Off-Winnenden, Kassierer Eugen Mäler, Landwirt Gottlob Anger.

Hamburger Lebensmittelpreise in Millionen Mark: Butter 272, Milch 338, Magermilch 17, markenreines Brot (1900 Gr.) 76, Rundenmehl 10. Der Weick-Hohenzollernsche Müllerband hat gemäß der Berechnung der Reichsgetreidestelle den Maßlohn auf 10 Prozent mahlgereinigter Frucht oder auf den entsprechenden Wert in Papiermark festgesetzt. Als Maßlohn und Verdunstung und Verdaulichkeit wird außerdem 4 Prozent, und für solche Mühlen, in denen jeder Posten einzeln gemahlen wird, fünf Prozent als angemessen erachtet.

Stuttgarter Börse, 10. Okt. Die trostlose Verfassung des Devisenmarkts hatte heute die erwartete natürliche Wirkung auf die Börse. Stürmischer Nachfrage stand nur geringes Angebot gegenüber. Der Aktienbesitzer hielt an seinem Bestand fest; die Kurse waren daher beinahe auf der ganzen Linie mit „Geld“ notiert und zeigten Erhöhungen bis zum achtfachen der vorgehenden Notizen. Da vielfach mangels Angebot Geschäfte nicht zustande gekommen sind, waren die Umsätze weniger zahlreich als an son-

tigen „großen“ Tagen. Der Markt der Rentenverzinsung legte die gleiche Festigkeit an den Tag wie der Aktienmarkt. Bankaktien (in Millionen Projekten): Hypothekbank 27 (100), Notenbank 4000, Vereinsbank 400 (225), Brauereiwerte: Ravensburg 300 (120), Ehlinger 700 (360), Kellner 700 (450), Pfauen 300 (80), Sobenzollern 1000 (450), Württemberg 10000 (2100), Jungbans 3800 (1100), Andreas Koch 5000 (1200), Württ. Metallwaren 10000 (3000), Maschinenwerte: Dalmater 1000 (250), Laupheimer 8000 (2000), Magirus 700 (250), Ehlinger 2500 (550), Besser 1100 (400), Weingarten 3000 (1000), Redarfalmer 1700 (450), Spinnereiwerte: Erlangen 2000 (800), Unterhausen 4500 (2300), Kolb-Schäle 4000 (900), Pferle 3000 (1000), Kottner 3000 (1200), Kuchen 3500 (950), Weichheim 7000 (2500), Filz 6000 (1800), Kattun 7000 (5000), Leinenindustrie 8000 (2000). Uebrige Werte: Anilin 8000 (4000), Bremen-Belgheimer Del 5000 (1600), Heidelberg Zement 3500 (1000), Verlagsanstalt 2000 (500), Kaiser Otto 2000 (600), Knorr 200 (500), Rein-Rottwell 5000 (2000), Leibstadt 300 (150), Kraum 900 (350), Salzwerk Heilbronn 35000 (16000), Sech Wochenheim 2200 (800), Wäckerle 4000 (500), Stuttg. Vereinsbuchdruckerei 200 (70), Stuttg. Zucker 3000 (800), Union Deutsche Verlagsgesellschaft 1200 (400), Mannheimer Del 4000 (1400), Ziegelwerke Ludwigshurg 3000 (500).

Württ. Vereinsbank.
Berliner Getreidepreise am 10. Okt. in Millionen Mark: Weizen —, Roggen 3600-3800, Gerste 3800-4000, Hafer 3200 bis 3300, Weizenmehl 12000-13000, Roggenmehl 11000-12000, Kleie 1200-1300, Rapf —, Weizenmehlpreis: Spezial Nr. 0 in Mannheim schätzungsweise 22 Milliarden für 100 kg. Eingabete liegen nicht vor.

Märkte

Viehmarkt Karlsruhe, 8. Okt. Zufuhr: 191 Stück, darunter 24 Ochsen, 31 Bullen, 14 Rube, 40 Färsen, 41 Kälber, 41 Schweine. Preise für den Jentner Lebendgewicht (in Millionen Mark): Ochsen 1. Sorte 4050-4200, 2. Sorte 3800-4100, 3. Sorte 3600 bis 3800, 4. Sorte 3500-3650; Bullen 1. Sorte 3700-3800, 2. S. 3600-3750, 3. Sorte 3500-3600; Rube 1. Sorte 4000-4200, 2. Sorte 3500-3850; Färsen 1. Sorte 3750-4000, 2. Sorte 3500 bis 3750, 3. Sorte 2700-3200; Kälber 3. Sorte 3400-3550, 4. S. 3250-3400, 5. Sorte 3100-3250; Schweine von 200-240 Pfd. 9200-9400, 160-200 Pfd. 9150-9300, unter 160 Pfd. 9000 bis 9150. Beste Qualität über Notz bezahlt. Tendenz des Marktes: lebhaft. Der Markt wurde geräumt.

Goldmarkpreise der Württ. Hantelversteigerung vom 9. Oktober. Bei der am 9. Oktober in Stuttgart abgehaltenen Hantelversteigerung wurden folgende Preise, die sich in Goldpfennigen verstehen, erzielt: Ochsenhäute 20-29 Pfd. 100, 30-40 Pfd. 100-100%, 50-59 Pfd. 91½-93, 60-79 Pfd. 88½-93½, 80-99 Pfd. und darüber 86 Pfennig; Rinderhäute 20-29 Pfd. 115, 30-49 Pfd. 110½-133½, 50-59 Pfd. 98½-109, 60-79 Pfd. 89½ bis 96½; Kuhhäute 20-29 Pfd. —, 30-49 Pfd. 106-117, 50-59 Pfd. 87-99½, 60-79 Pfd. 80½-92, 80 Pfd. und höher 85½; Farenhäute 20-29 Pfd. 108-112½, 30-49 Pfd. 125-131, 50-59 Pfd. 94½, 60-79 Pfd. 90½-94½, 80-89 Pfd. 82½-85, 100 und darüber 83½; norddeutsche Häute alle Gattungen 98½, Ausbruch 81; Kalbsfelle unter 10 Pfd. 111 bis 236, über 10 Pfd. 135-230; Fresserfelle 117, Hammelfelle gelbe 81. Verkauf: Gebot lebhaft, Anzeig 50 v. S.

107,5 Millionen für einen Bullen. Bei der Zuchtstehversteigerung in Stenbal (Altmark) wurden dieser Tage für einen Bullen ein Preis von 107½ Millionen gelöst. Im ganzen wurden 26 Bullen für 1785½ Millionen verkauft.

Berlin	9. Oktober		10. Oktober	
	Geld	Devisen	Geld	Devisen
Solland	478812000	47 187 000	116 0870000	11679120000
Belgien	6884000	641 1000	15 612500	135387500
Norwegen	188525000	190475000	458850000	461150000
Dänemark	311497000	312503000	520695000	523305000
Schweden	319200000	320500000	783037500	783025000
Italien	544635000	542865000	134682500	135637500
London	5462500000	5513750000	134 0250000	1353875000
Neuport	1197000000	1203000000	2967562500	2983475000
Paris	72817500	781823000	1 15 000	182454000
Schweiz	107131500	107668500	52807 000	53132000
Spanien	162592500	163407500	4029 0000	405010000
D. Oester.	17157	17243	41895	42105
Prag	36105500	36290500	89775000	903 5000
Praha	61837	66163	159 000	160 300
Brüssel	304012500	305 87500	9695 0000	97443 000
Telex	193512500	596187500	1471312 000	14786875000

Reichsgoldrente: 2,2-2,8 Milliarden.

Gas- und Elektrizitätspreise.

Durch Beschluß des Gemeinderats vom 9. Oktober ds. Js. wird der Gas- und elektr. Strompreis wie folgt festgesetzt:
a. Gaseinheitspreis pro cbm 7 000 000 M.
b. Einheitspreis für elektr. Strom für 1 K. W. St. 15 000 000 M.
c. Kokspreis für 1 Zentner 60 000 000 M.
Wildbad, den 10. Oktober 1923.
Stadtschultheißenamt.

Marken-Zucker

eingetroffen
und muß bis spätestens 18. ds. Mts. gegen Barzahlung abgeholt sein. Person erhält 1½ Pfund, das Pfund zu 30 Millionen Mark.
Düten sind mitzubringen.

Enztalbank Komm.-Ges.

Häberle u. Co. Wildbad.
Besorgung aller in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.
Wir vergüten an Zinsen z. Zt.:
Für Depositeneinlagen a. 1/2jähr. Kündigung 45% p. a.
" " " " a. 1 monatl. " 36% p. a.
auf Scheck-Konto 30% p. a.

DIE KURSE

der Börsen von Stuttgart, Berlin, Frankfurt, München und Augsburg, ebenso auch

DIE DEVISEN

der maßgebenden Plätze bringt neben ausführlichen Berichten und Notizen über

DIE MÄRKTE

und Informationen aus der Wirtschaft und über jede weitere Ausbaumöglichkeit für

DEN ABSATZ

regelmäßig in seiner reichhaltigen, zeitgemäß erweiterten Handelszeitung der täglich nach Schluß der Börsen erscheinende

SCHWÄBISCHE MERKUR STUTTGART

Piano,

in Wildbad stehend, zu vermieten. Um teure Transportkosten zu vermeiden, günstiger Mietspreis.
Musikhaus Grießmayer, Pforzheim, Westf. 9. Tel. 1058.

Haus

in guter Lage sucht gegen wertbeständige Bezahlung zu kaufen.
Karl Niehle, Saulgau. Genaue Angebote mit Friedenswert erwünscht.

Gewerbeschule.

Die Ministerialabteilung für die Fachschulen bringt darauf, daß der Unterricht präzis begonnen und Schulverfämnisse so viel als möglich vermieden werden. Für unerlaubte Verfämnisse sollen in Zukunft die Meister, bezw. Lehrlinge bestraft werden.

Unterrichtszeit im Winter 1923/24:			
Klasse	Montag	Dienstag	Donnerstag
III	4-7	4-6	4-6
II	4-7	4-7	5-6
I	4-7	4-7	4-6

Wildbad, 12. Okt. 1923. Schulvorstand: Oberl. Holz.

Ausführung von
Licht- u. Kraftanlagen
jeder Art und Größe. — Lieferung von
Elektromotoren
Koch- und Heizapparaten
Installationsmaterialien
Beleuchtungskörpern.

Konzessioniert bei:
Städt. Elektrizitätswerk Calw
Oberschwäbische Elektrizitätswerke
Ueberlandwerke Teinach
Elektr. Kraftübertragung Herrenberg.

Christian Kurz

Techn. Büro, CALW.
Telefon 57.

